economiesuisse

Nein zur radikalen Kündigungsinitiative – eine Gefahr für die Schweiz

Das Wichtigste in Kürze:

- Die Initiative schadet dem Wirtschaftsstandort Schweiz, weil sie den Fachkräftemangel verschärft und Unternehmen wichtige Arbeitskräfte entzieht.
- Die Initiative gefährdet die Bilateralen. Bei einer Aufkündigung der Bilateralen I würde die Schweiz den privilegierten Zugang zum europäischen Markt verlieren.
- Eine nachhaltige Zuwanderungspolitik muss wirtschaftliche Bedürfnisse berücksichtigen – eine pauschale Begrenzung ist der falsche Weg, weshalb economiesuisse klar Nein zur Initiative sagt.

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Kündigungsinitiative veröffentlicht und legt dar, warum er die Initiative klar ablehnt. Auch aus Sicht der Wirtschaft ist klar: Die radikale Kündigungsinitiative gefährdet den bilateralen Weg und bedroht damit den Wirtschaftsstandort Schweiz. Die Initiative verlangt in letzter Instanz, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU aufgekündigt wird. Aufgrund der Guillotine-Klausel fielen damit auch die übrigen sechs Verträge der Bilateralen I weg – ein schwerer Schlag für den Export, den Forschungsstandort und den Zugang zu wichtigen europäischen Märkten, gerade in Zeiten globaler Unsicherheit. Die Schweiz würde international an Attraktivität verlieren.

Massiver Fachkräftemangel

Ohne die Personenfreizügigkeit wird es für Unternehmen schwieriger, dringend benötigte Fachkräfte zu rekrutieren. Besonders betroffen sind zentrale Branchen wie das Gesundheitswesen, die Industrie und die Landwirtschaft. Ein Wegfall dieser Arbeitskräfte führt zu höheren Preisen, längeren Wartezeiten und weniger Innovation.

Unsere Berechnungen zeigen, dass in 10 Jahren mit dem Ausscheiden der Babyboomer aus dem Arbeitsmarkt rund 297'000 Vollzeitbeschäftigte fehlen werden. Möchten wir aber unsere Wohlstandentwicklung der letzten Jahre fortschreiben, bräuchten wir 163'000 zusätzliche Vollzeitbeschäftigte. Das zeigt: Die Schweiz ist auf Zuwanderung angewiesen, um ihren Arbeitskräftebedarf zu decken. Um diese auf ein akzeptables Mass zu begrenzen, steht für die Wirtschaft primär die optimale Ausschöpfung des inländischen Potenzials und die Steigerung der Produktivität im Zentrum.

Pauschale Begrenzung wäre eine Wohlstandsbremse

Eine Zuwanderungspolitik im Interesse des Landes muss wirtschaftliche Bedürfnisse berücksichtigen. Statt auf radikale Vorschläge zu setzen, braucht es realistische Lösungen, die den Arbeitsmarkt, den Wohnraum und die Infrastruktur nachhaltig entlasten.

Engagierter Einsatz gegen die Initiative

Die Wirtschaft wird sich für einen wettbewerbsfähigen Standort und für den Wohlstand in der Schweiz einsetzen und die schädliche Initiative entschlossen bekämpfen. Deshalb startet sie heute die Kampagne gegen die radikale Kündigungsinitiative. Weitere Informationen zur Kampagne und zu den Argumenten gegen die Initiative finden Sie jeweils unter: www.nein-zur-kuendigungsinitiative.ch